



Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Reichstages. (13. Juni)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück und Fausst mit mehreren Commissarien.

Dem Abg. v. Waldow-Reichenstein wird der Urlaub verweigert, darauf der Abgeordnete, betreffend die Regelung des Reichshaushalts vom Jahre 1872 an die Budgetcommission berufen und der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Reichstagswahlkreise 5 und 6 des Regierungsbezirks Oppeln (entsprechend der vom preussischen Landtage genehmigten Abgrenzung der Wahlkreise Beuthen-Larnowitz und Rattowitz-Jabrze) in erster und zweiter Beratung genehmigt. Der letztere Gesetzentwurf giebt dem Abg. Krüger (Hadersleben) Anlaß zu einer Beschwerde des norddeutschen Wahlbezirks, der in so erschrecklicher Weise zerstückt sei, daß Reber jetzt den Kollegen verloren habe, mit dem er noch vor einigen Jahren die nichtdeutsche Bevölkerung Nordpommerns vertreten habe. Er stellt auch einen darauf bezüglichen Antrag Reichensperger (Erfeld) macht den Vorredner, obwohl er durch die Versicherung, daß er kein Deutscher sei, das Wohlwollen der Versammlung gerade nicht gesucht hat, doch in der Sache selbst volle Gerechtigkeit zu erweisen; dazu genüge aber nicht ein allgemein gehaltenes, sondern nur ein auf Beschwerden der Bevölkerung begründeter Antrag auf Abänderung der Wahlbezirke. Abgeordneter Krüger ist aber im Moment nicht im Stande, einen solchen Antrag zu liefern, und hat die Sache dabei ihr Verenden.

Es folgt die Beratung der Resolutionen Schulze's und Lasker's, deren Inhalt sich so nahe berührt, daß die Discussion sich sofort auf beide zugleich erstreckt, obwohl der Tagesordnung nach zunächst nur der erste zur Beratung steht.

Die vom Abgeordneten Schulze eingebrachte Resolution lautet: Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung abzugeben: 1) Es ist die Pflicht der verbündeten Regierungen, der Berufung des Reichstages das Beratungsmaterial, insbesondere den gesamten Reichshaushalt, bereit zu stellen, daß die Arbeiten des Reichstages ohne Verzögerung und Unterbrechung ihren Verlauf nehmen können; 2) ganz besonders ist dabei von der Reichsregierung auf Abstellung des gleichzeitigen Tagens der einzelnen Landesvertretungen mit dem Reichstage zu dringen, indem dadurch die Thätigkeit der Abgeordneten, wie das Interesse des Volkes daran in einer Weise gesplittert wird, welche der Lösung der großen nationalen Aufgaben des Reiches hemmend in den Weg tritt.

Die vom Abg. Lasker eingebrachte Resolution lautet: Der Reichstag wolle beschließen: 1) zu erklären, daß die Monats-October, November und December als die geeignetste Zeit für die ordentliche Session des Reichstages erscheinen; 2) den Herrn Reichskanzler aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft der Monat October für die regelmäßige Einberufung des Reichstages zur ordentlichen Session in Aussicht genommen werde.

Abg. Schulze verweist auf die bedauernden Vorwände in den letzten Monaten, auf die wiederholte Beschlußfähigkeit des Reichstages, welche ihm die härtesten Vorwürfe seitens der Nation eingetragen habe. Es sei leicht zu sagen, daß sich Jeder vor der Uebernahme eines Mandats prüfen müsse, ob er den Pflichten derselben genügen könne, aber Niemand habe vorhersehen können, daß die Reichsregierung den Reichstag zu einer Zeit zusammenberufen und Monate lang hinhalten werde, ohne das Beratungsmaterial fertig gestellt zu haben. Der Reichstag habe Geduld genug gehabt; nun sei es endlich notwendig, daß er laut spreche und namentlich sei das ein nobile officium für die Mitglieder, welche für die nächste Session ihre Mandate ausgeben würden, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Es dürfe so nicht weiter gehen, denn sonst fürchte man das passive Wahlrecht auf die gefährlichsten Kreise einzuführen, auf die Spitzen der Geburts- und Selbstverwaltung, auf Gewerke und Aufseher, eine Vertretung, welche schwerlich nach dem Geschmack des Volkes sein würde.

Präsident Delbrück: Die Uebelstände, die der Vorredner hervorgehoben hat, sind vorhanden. Es ist auch für uns dringend wünschenswert, daß die Session des Reichstages so bald wie möglich beendet werde. Wie konstruirt sich die Sachlage? Der Reichstag hat wiederholt zu erkennen gegeben, er wüßte ein gleichzeitiges Tagens des Reichstages und der Einzellandtage nicht. Durch diesen Wunsch, dessen Berechtigung im Allgemeinen nicht bestritten werden kann, sind wir in die Lage gekommen für den Reichstag eine sehr eng begrenzte und ungenügende ungewöhnliche Sitzungszeit zu wählen. Denn nach den Verfassungen mehrerer, und zwar der größten Bundesstaaten sollen deren Landtage im Herbst zusammentreten. Der Schluß des Jahres schreiet also für die Session des Reichstages aus. Mit dem Anfang des Jahres ist es nicht viel anders, da die Landtage, die im Herbst zusammentreten, wohl kaum jemals mit dem Schluß des Jahres fertig werden, sondern ihre Sessionen in das neue Jahr hinein verschieben. Man kommt also notwendigerweise in eine spätere Periode; da ist es denn ein berechtigter Wunsch, daß der Reichstag nicht in die Lage gebracht werden möge bis tief in den Sommer hinein zu tagen. Dieser Wunsch drängt nun dahin, daß der Reichstag nicht zu spät berufen werde. Da die Berufung wochenlang vorher bekannt sein muß, tritt häufig eine Täuschung ein, weil man nicht genau berechnen kann, wann die Landtage mit ihrer Arbeit fertig sein werden. Die Täuschung ist auch in diesem Jahre eingetreten. Der Wunsch dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht zu tief in den Sommer hineinschieben muß, hat für den Etat große Schwierigkeiten im Gefolge.

Bei der Etatsberatung im vorigen Jahre ist hervorgehoben worden, daß es wünschenswert sei, wenn dem Reichstage alle diejenigen Gesetze, die eine Selbstbewilligung enthalten, vor dem Etat vorgelegt würden. Wir haben uns bemüht, die Finanzvorlagen so rasch wie möglich einzubringen; dadurch ist die Vorlegung des Etats selbst verzögert worden. Sodann ist er noch verzögert worden durch die ungenügenden Schwierigkeiten, die die Etatsausstellung für die eisenbahntechnischen Eisenbahnen durch den Hinzutritt der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn in den letzten Monaten herbeigeführt hat. Die Verlegung, wie sie der Antrag Lasker will, würde allerdings eine Veränderung des Etatsjahres zur Folge haben, allein die Schwierigkeiten einer solchen Aenderung würden keine unüberwindlichen sein. Der Bundesrath würde dann aber in den Stand gesetzt sein, den Etat rechtzeitig fertig zu stellen und die übrigen Gesetze ruhiger vorbereiten. Denn jetzt ist ein erheblicher Teil des Bundesrathes durch die Thätigkeit bei den Einzellandtagen behindert, die volle persönliche Thätigkeit den Arbeiten des Bundesrathes zuzuwenden, die zur Beschleunigung der Arbeiten notwendig ist.

Abg. Dernburg beklagt sich, daß selbst jetzt noch nicht alle Vorlagen dem Reichstage zugegangen seien, welche er in dieser Session noch durchberathen solle. An der Nothlage, in der er sich befinde, sei er indeß nicht ohne Schuld; es sei ungeschicklich, wenn Mitglieder, denen der Urlaub verweigert sei, dennoch abreisen und es sei eben so ungeschicklich, wenn Mitglieder, die anwesend seien, das Haus um der Erreichung irgend eines Zweckes willen verlassen, wie es neulich Herr v. Foberbed von sich selbst bekannt habe.

Abg. v. Foberbed kann in diesem Hause nur eine Richtschnur seines Handelns anerkennen, seine eigene Ueberzeugung und die seiner Wähler. (Sehr richtig!) Der Abgeordnete könne nicht immer auf seinem Platze sein; dann müßten entweder lauter beschäftigungslose Leute zu Abgeordneten gewählt oder aber Diäten gezahlt werden.

Abg. Windthorst (Meppen) wird für den Antrag Schulze stimmen, aber nicht etwa in dem Sinne, als ob er damit andeuten wolle, daß im Reichstagsamte zu wenig gearbeitet werde. Der Hauptfehler liege für diesmal in der zu frühen Einberufung des Reichstages, dann aber auch in dem bisherigen Fieber der gesetzgebenden Körperschaften, eine Unmasse von Gesetzen zu produciren. Früher habe einmal ein Mitglied gesagt, der Reichstag mache so eilig und so viele Gesetze, daß es nicht mehr möglich sei, zu folgen. So schlimm sei es nun wohl nicht, aber das sei wahr, daß die Gesetze nicht mehr gehörig vorbereitet würden. Für eine solche Vorbereitung müsse eine Art Staatsrath oder wie man das Ding sonst nennen wolle, niedergelegt werden. Er möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einem Gedanken Ausdruck geben, der vorausichtlich viel Widerspruch finden würde, dem Gedanken einer zweijährigen Budgetperiode, wie sie in Hannover bestanden habe. Dadurch werde wieder eine gewisse Ruhe in der Gemüths-

des Volkes kommen, das sich in der überstürzten Gesetzgebungsarbeit nicht mehr zurechtfinden wisse. Das preussische Abgeordnetenhaus habe in seiner letzten Session eine Anzahl von Gesetzen mit vielem Zeitaufwand beraten und angenommen, zu denen nicht der geringste Anlaß vorgelegen habe. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird der Antrag Schulze fast einstimmig angenommen; es folgt die Beratung des Antrags Lasker.

Abg. Lasker: Wir haben schon eine gewisse, wenn auch wohlwollende Kritik gegen den Bundesrath geübt; unser Antrag enthält eine Selbstkritik. Der Reichstag wird durch seinen Beschluß die Erklärung abgeben, ob der eben angenommene Antrag ausgeführt werden kann oder nur ein frommer Wunsch bleibt. Der zweite Theil des Beschlusses, daß ein Zusammenkommen mit den Einzellandtagen vermieden werden möge, bleibt ein frommer Wunsch, wenn der Reichstag nicht eine bestimmte Zeit für seine Verhandlungen festsetzt. Wenn er dagegen sagen wollte, mir steht das ganze Jahr zur Disposition, so wird kein Landtag in der Lage sein, diesem Gesetze Folge zu leisten. Von den drei Zeiten, die in Aussicht genommen sind: Herbst, Anfang des Jahres und Frühling, scheint mir der Frühling die ungeeignetste. Wir müssen bald nach dem Anfang der Verhandlungen an die Osterferien denken; eine solche Unterbrechung von 14 Tagen führt zu Unregelmäßigkeiten, denn es fehlt kurz vor und nach den Ferien an der nöthigen Ausdauer und dem nöthigen Ernst. Zwischen Ostern und dem Schluß der Session liegt noch Pünktchen und es hat bis jetzt noch nie gelingen wollen, die Pünktchen auf das Minimum zu beschränken. Ich muß zur Ehre derjenigen Mitglieder, die durch ihre Abwesenheit die Beschlußfähigkeit mit herbeigeführt haben, anführen, daß wir von Jahr zu Jahr, wenn die Pünktchen die Arbeiten unterbrechen, keine Wahrscheinlichkeit hatten, in der ersten Woche ein beschlußfähiges Haus zu bekommen. Außerdem tritt nach den Pünktchen die Hitze ein, die die parlamentarischen Arbeiten untragbar macht und fast unmöglich macht. Die Frühjahrszeit ist aber auch aus anderen Gründen nicht geeignet. Ein großer Theil der Reichstagsabgeordneten ist zugleich bei den Einzellandtagen beschäftigt und wenn die Verhandlungen des Reichstages denen der Einzellandtage folgen, so haben die Abgeordneten nicht mehr dieselbe Frische.

Der Reichstag kann aber jedenfalls die Wohlthat beanspruchen, daß seine Verhandlungen mit den frühesten Kräfte gefördert werden. Ferner scheint es mir doch notwendig zu sein, daß die Einzellandtage erst nach dem Reichstage ihre Verhandlungen anfangen, weil sie ja in Betreff des Budgets und vieler anderen Gesetze von der Reichs-Gesetzgebung abhängig sind. Noch ein anderer sachlicher Grund ist vorhanden, ganz entgegengekehrt dem Vorschlage des Abg. Windthorst, daß wir ein zweijähriges Budget für das Reich einführen sollten. Das ist für die umfangreiche Verwaltung des Reiches absolut unmöglich. Wir würden dann statt 2—3 Monate jährlich 7—8 Monate alle zwei Jahre tagen müssen. Denn, wenn der Bundesrath wüßte, daß es keine Möglichkeit giebt, im nächsten Jahre etwas Vergessenes oder weniger Dringliches durchzuführen, würde alles auf diese Session zusammengeändert werden. Ich gehe noch weiter und meine, daß die heutige Anordnung, daß das Budget im April oder Mai beraten werden muß, nicht zuträglich ist. Um im April oder Mai den Etat zur Beratung bringen zu können, müssen die Verwaltungen bereits im October oder September des vorhergehenden Jahres ihre Vorbereitungen anfangen, es muß also vielfach die Phantasie in Anspruch genommen werden. Wir haben deshalb häufig und ziemlich umfangreiche Nachträge und Corrective zum Etat zu erwarten, die unsere Verhandlungen lästig beschäftigen und den Einzellandtagen wegen der schwachen Materialarbeit die größte Unbequemlichkeit machen. Dieser Uebelstand wird allerdings nicht ganz zu vermeiden sein, aber er muß auf ein Minimum beschränkt werden. Wir vergrößern den Uebelstand, indem wir zu einer Vorbereitung des Etats im zweitvorhergehenden Jahre zwingen. Außerdem hat der heutige sanitätliche oder gesellschaftliche Zustand ein weitgehendes Bedürfnis nach Wägen, die ein zu langes Tagens unmöglich machen, weil das Haus nicht beschlußfähig bleibt. Die bequemste Zeit, wenn wir völlig allein auf der Welt wären, wäre der Anfang des Jahres, der außerdem für die Bewohner des Landes einladend ist, nach der Hauptstadt zu kommen.

Wir leben aber nicht allein, und dürfen nicht verlangen, was die Einzellandtage nicht erfüllen können. Die Zeit vom October bis zum December wäre aber für die Verhandlungen der Einzellandtage zu beschränkt; denn wir dürfen nicht vergessen, daß, so sehr wichtig die Gesetze des Reiches auch sind, dennoch die Einzellandtage eine große Menge von Detailgeschäften abzuwickeln haben, die keineswegs eine bestimmte Grenze für die Verhandlungen ziehen lassen. Außerdem sind die Einzellandtage noch begünstigt mit einer Wohlthat, welche der Abgeordnete Graf Manteuffel dem Reich auch wünscht, die Wohlthat der Herrenhäuser und der ersten Kammern. Wie wohlthätig solche Luxuslegislaturinstrumente (Widerspruch) auch sein mögen, jedenfalls tragen sie dazu bei, die Verhandlungen langsamer zu machen, daß sie um die Hälfte länger dauern, als die des Reichstages. Wenn wir nun mit dem Januar unsere Verhandlungen anfangen wollten, so würde sich zeigen, daß die meisten Einzellandtage zweimal im Jahre tagen müßten vor und nach den Sessionen des Reichstages. Wenn wir den October als Anfang in Aussicht nehmen, würden wir mit Ausschluß einiger Jagdliebhaber vielleicht gar keinen Widerspruch erfahren. Wenn wir dann durch den Bundesrath alle Vorlagen gehörig vorbereitet erhalten, so glaube ich aus meiner Erfahrung sagen zu können, daß ein Zeitraum von 10 Wochen selbst für bedeutende Geschäfte ausreichen würde. Was wir jetzt in den letzten 14 Tagen fertig stellen wollen, ist ein Penum, das sich auf die ganze Session vertheilen würde.

Alle Finanzgesetze, die wir behandeln sollen, befinden sich in unseren Händen, nur ein Gesetz, das über den Abschluß der 1½ Milliarden, steht uns noch und dadurch ist die Budgetcommission verbunden, den Etat zu beraten. Wenn aber sämtliche Finanzgesetze sammt dem Etat im Anfang der Session vorgelegt würden, würde ein Zeitraum von 10—11 Wochen genügen. Die Verhandlungen würden in lebendigem Fluße bleiben und wir würden nicht aus Mangel an Stoff in Verlegenheit sein, was auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, wie wir es heute vielleicht sein werden. Endlich würde dann die Zeit eintreten, in der selbst ein sachmässiger Parlamentarier die eine Hälfte des Jahres dem Parlamente, die andere eigenen Geschäften zuwenden könnte, während heute freie Zeit für einen solchen zu den Ausnahmen gehört. So schwer belastet mit Finanzgesetzen, wie die diesjährigen Verhandlungen, werden wir keine sobald wieder haben. Es wäre nur nöthig, daß die Einzellandtage ihr Etatsjahr anders einrichten, weil es nicht wohl zulässig ist, schon im Januar das Budget für das nächste Jahr zu beraten. Ob damit zugleich eine Aenderung des Etatsjahres des Reiches notwendig sein würde, könnte man erst nach dahingehenden Beratungen der Einzelregierungen unter einander erfahren. Wenn wir uns nicht über eine Zeit verhandeln, wird unser voriger Beschluß keine große Wichtigkeit erlangen, sondern die Uebelstände immer wiederkehren.

Abg. v. Sellbors (Meppen) bekräftigt, daß die in dem Antrage angegebene Zeit für die Beratungen einer Reichstagsession nicht ausreichen werde, namentlich wenn der Reichstag fortjähre, von seiner gesetzgebenden Initiative einen so ausgebreiteten Gebrauch zu machen, wie bisher.

Abg. Windthorst (Meppen) hofft, daß in dem Antrage nicht der Wunsch nach einer Herbstsession in diesem Jahre ausgedrückt sein solle. (Heiterkeit. Rufe: Nein! nein!) Was die Frage selbst betreffe, so könne man mit eben so guten Gründen für manche andere Zeit als den Herbst plaidiren; er wüßte gar nicht, daß der Reichstag über einen bestimmten Termin Beschluß fassen; das einzige, was er zulassen könne, sei eine einfache Discussion, welche der Reichsregierung über die Wünsche des Hauses Fingerzeige gebe. Man könne ja auch gar keinen entscheidenden Beschluß fassen, bevor man sich nicht mit den Particularstaaten, die durch ihre Verfassungen gebunden seien, ins Einvernehmen gesetzt hätte. Er sehe nun nicht ein, weshalb man keine Frühjahrsession des Reichstages wolle; die alten Deutschen, die sich allerdings hüten zu lassen gewohnt gewesen seien, als ihre heutigen Nachkommen, hätten auch schon auf dem Waiselbe getagt. (Große Heiterkeit.) Für letztere, in den schönen Gegenden Süddeutschlands aufgewachsene Naturen sei Berlin im November ein höchst verberberlich, gesundheitsgefährlicher Aufenthalt. Er selbst sei zwar auch ein Norddeutscher, aber seine Ueberfiedelung von Hannover nach Berlin habe sein Leben jedenfalls nicht verlängert. (Heiterkeit.) In 2 bis 3 Monaten werde der Reichstag auch niemals seine Arbeiten bewältigen können; er arbeite nicht mehr so practisch

und schnell, wie zur Zeit des Norddeutschen Bundes. Man würde wohl thun, die Sache heute gänzlich unentschieden zu lassen und erst eine wohlüberlegte Erklärung von dem Bundesrath über seine Meinung zu verlangen, d. h. nicht augenblicklich, sondern nachdem die Herren Zeit gehabt hätten, die Sache genau zu überlegen.

Abg. v. Karbors (Meppen) nimmt den Gedanken einer zweijährigen Budgetperiode als einen sehr fruchtbaren an, selbstverständlich müßte dann auch die Legislaturperiode des Reichstages auf vier Jahre ausgedehnt werden. Auf jeden Fall aber müßte die Beschlußfähigkeit des Reichstages herabgesetzt werden, wenn er sein Ansehen und seine Würde bewahren wolle. (Widerspruch links.)

Fürst Bismarck: Meine Herren, ich habe nicht den Verstand, mich in eine Debatte einzumischen, die sich eigentlich nur darum handelt, die Wünsche des Reichstages festzustellen. Die Berufung ist eine derjenigen Rechte, die der Majestät dem Kaiser zustehen, das jedoch sehr gern so gelbt werden wird, wie es den gesetzgebenden Körperschaften und namentlich dem so zahlreichen Reichstage bequem ist. Ich wage auch nicht das Feld der Kritik über die Frage zu betreten, in wie weit der Reichstag durch seine Geschäftsordnung und durch die Art der Verhandlungen dazu beitragen könnte, seinerseits eine bequemere Zeit zu wählen, vielleicht die Verhandlungen abzukürzen. Das liegt außerhalb meines Berufs. Eine Herabsetzung der Beschlußfähigkeit, glaube ich, würde mehr dazu wirken, die Vollständigkeit des Reichstages sicherer zu stellen, als wie bisher, wenigstens wenn wir uns nach dem Beispiele Englands richten, wo 40 Mitglieder im Stande sind, gültige Beschlüsse zu fassen, wo also Jeder angetrieben wird, zu erscheinen, damit nicht etwa diese vierzig, deren Zusammensetzung er gar nicht weiß und wissen kann, hinter dem Rücken der anderen Beschlüsse fassen, deren Legalität er gar nicht mehr ansetzen kann. Die Thatsache ist unbestreitbar, daß in England 40 Mitglieder hinreichen, und daß wahrscheinlich mit in Folge dessen, vielleicht auch aus anderen Gründen bei allen wichtigen Fragen mit Hilfe der Anstrengung der Whipper in ein recht zahlreiches Parlament zusammengebracht wird. Also ich möchte doch nicht abschneiden von einer weiteren Verfolgung dieses Weges, der Herabsetzung der beschlußfähigen Zahl. Was die Wahl der Zeit betrifft, so kann ich nur soviel konstatiren, daß die bisherige Ausfallsigkeit für die einzelnen Landtage gewählte Zeit nicht für die richtige halte.

Wir kommen in jedem Jahre in die unangenehme Lage, daß wir mit unseren Arbeiten nicht fertig werden, wenn die Jahreszeit und die warmen Sonnenstrahlen uns mahnen, Berlin zu verlassen; denn abweichend von dem Abg. Windthorst bin ich der Meinung, daß der Sommer ein viel angenehmer Aufenthalt für Berlin ist, als der November, und daß die abgeklärten Kräfte des bayerischen Hochlandes und der rauhen Alpen den November hier gewiß leichter ertragen werden, als den Sommer. (Heiterkeit.) Bisher aber ist es thatsächlich der Fall gewesen, daß der Reichstag sich mit dem Abbruch der Zeit hat begnügen müssen, den die Landtage übrig ließen. Man ist genöthigt gewesen, um die legislatorischen Aufgaben des Reiches durchzuführen zu können, zu Parlementsitzungen zu scheitern, die von allen Seiten sehr unangenehm empfunden werden und über die uns viele Klagen zugegangen sind. Ich glaube, obgleich ich sehr ungenügend das Gebiet der geschäftlichen parlamentarischen Angelegenheiten betrete, daß so viel Plenarsitzungen, wie jetzt in den jetzigen Landtagen und im jetzigen Reichstage abgehalten werden, eigentlich zum Geschäftsbetrieb nicht nöthig sind, daß man mit weniger Plenarsitzungen auskommen kann. Nur möchte ich, daß die parlamentarischen Versammlungen, sei es durch die Geschäftsordnung, sei es durch ihre eigenen Entschlüsse, kräftiger gestärkt werden, um es den übrigen nicht berufsmässigen Mitgliedern zu erleichtern, ihre parlamentarischen Pflichten zu erfüllen. Der Schutz der Redefreiheit ist ja abso unentbehrlich; ob der Schutz der Redefreiheit auch in diesem Maße unentbehrlich ist, ja, meine Herren, darüber weiß ich nicht zu urtheilen. (Heiterkeit.) Aber vielleicht kann man doch dahin kommen, daß eine parlamentarische Versammlung nicht täglich Plenarsitzungen haben muß, so daß Parallelsitzungen mit anderen Körperschaften, die in derselben Stadt tagen, schon eher ertragen werden können.

Daß die jetzige Zeit eine unrichtige ist, und daß der Reichstag von sämtlichen anderen parlamentarischen Versammlungen in dieser Beziehung bisher als eine Art von Alibi behandelt wird, dem zugehoben wird, was er machen soll, das ist eine Einrichtung, der ich mich wenigstens, soweit mein Einfluß reicht, nicht länger füge. Es leidet darunter meines Erachtens auch die nationale, reichsmässige Entwicklung, wenn die Einzellandtage sich angemeinigen, die Reichsangehörigkeit als einen Zubehör zu ihren Particular-Entscheidungen zu betrachten, wenn sie sich nicht vielmehr endlich daran gewöhnen, daß das Reich nicht ein Anbau zu ihren Einzellandtagen ist, sondern die Gesamtschöpfung, unter der die Einzellandtagen wohnen müssen (Beifall), und die zu kräftigen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich das Recht, sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Versammlungen in großen Staaten am geeignetsten ist. Denn das Reich ist der wichtige Facto. Für welche Zeit der Berufung dieser Versammlung der Bundesrath sich vorzugsweise entscheidet, das lasse ich dahin gestellt sein. Mir scheint der eine Zeitraum ebenso annehmbar, wie der andere. Nach meinen persönlichen Wünschen wäre mir der Januar der liebste. Die Periode October-November, die andere wünschen, daß ja auch sehr viel für sich, indem es für die Landtage wünschenswert ist, ihre Einrichtungen mit denen der Reichsreform zu treffen. Die Vorarbeiten des Bundesrathes sind ja, wie Ihnen das Beispiel dieses Jahres zeigt, nicht so leicht und so rasch herzustellen, wie man sich auch in die Delonomie der Zeit einrichtet. Die Zeit dafür läßt sich meines Erachtens für eine Herbst-, ich möchte sagen Spätherbstsession dadurch gewinnen, wenn der Bundesrath zweimal im Jahre zusammenkommt: einmal zu gründlicher, principieller Vorberatung im Frühjahr, und dann, das einzelne, der Bader weniger bedürftige Mitglieder an den Commissionsarbeiten auch einen Theil des Sommers thätig find, sodann das zweite Mal ein Paar Wochen vor Einberufung des Reichstages.

Will man den Reichstag schon Anfang October berufen, so würde damit dem Bundesrath zugemuthet, schon im September zusammenzutreten und vielleicht noch früher; und da müssen doch die beiden Körperschaften gegenseitig aufeinander Rücksicht nehmen. Zu diesem Jahre habe ich, während der preussische Landtag hier saß, vielfach darauf gedrängt, daß der Reichstag früh genug zusammenberufen würde, und habe, da ich nicht der Meinung bin, daß der Reichstag ganz rücksichtslos auf die Einzellandtage verfahren darf, Anstand genommen. Sr. Maj. dem Kaiser zu rathe, daß dies früher geschehe, als geschehen ist. Aber wenn wir auch rechtzeitig zusammenberufen waren, so war es doch überhaupt nicht möglich, bei der heutigen Einrichtung zu der Zeit die notwendigen Vorlagen in besserer Weise fertig zu stellen. Das Budget kann nicht wohl früher aufgestellt werden als nach Einsetz der Abchlüsse des Vorjahres, nachdem man ein einigermaßen sicheres Urtheil über die Resultate des Vorjahres gewonnen hat, was bekanntlich kaum unter drei Monaten nach Abschluß des Vorjahres möglich ist. Man würde allerdings in Zukunft, wenn man andere Einrichtungen trifft, vielleicht auch eine andere Einrichtung im Beginn des Budgetjahres treffen müssen, was Schwierigkeiten macht und längere Vorarbeiten erfordert, indeß doch nicht soviel Schwierigkeiten, wie von demjenigen behauptet wird, denen diese Arbeiten zur Last fallen. Ausführbar sind diese Arbeiten auch nach dem von mir eingebrachten Zeugnisse des preussischen Finanzministers, dem die erste Arbeit dabei zufallen würde, sehr wohl. Ich kann für meine Stellung als Reichskanzler nur die Erklärung abgeben, daß wir die Wünsche des Reichstages im Bundesrath sorgfältig erwägen und sie zur Berücksichtigung Sr. Majestät des Kaisers, wie ich glaube, mit Erfolg antragen werden; daß aber, wenn wir dem Wunsche des Reichstages, auf dessen Consequenzen wir ja sehr gern Rücksicht nehmen, einzig find keine Rücksicht auf irgend eine Particularbestimmung nicht abhalten wird Sr. Majestät dem Kaiser zu rathe, zu derjenigen Zeit, die wir einfinden, den Reichstag zu berufen. Mögen diese Particularbestimmungen geändert werden, das ist eine Aufforderung, die näher liegt, als daß die Institutionen des Reichs sich beugen sollen den Gesetzgebungseinrichtungen der Einzellandtage. (Beifall.)

Abg. v. Schoening hält den Herbst für eine sehr unglücklich gewählte Zeit; gerade in dieser Zeit seien die Landwirthe, die ja so zahlreich im Hause vertreten seien, am wenigsten abkömmlich.

Abg. v. Foberbed hat Vieles in der Rede des Reichskanzlers mit-

Freuden gehört, aber den Gedanken einer Herabsetzung der Reichsleistungsfähigkeit weist er auf Entschiedenheit zurück. Das wäre nichts Anderes, als eine Bankrottklärung des Reiches. (Großer Lärm rechts.) Der Vergleich mit England passe nicht, denn dort handle es sich um altgebrachtes Herrommen. Wollte die Regierung immer einen vollbesetzten Reichstag haben, dann möge sie das allgemeine Wahlrecht erst einmal ehrlich zur Wahrheit machen und Diäten bewilligen.

Dr. Bismarck: Ich wollte nur constatieren, daß, wenn man die Listen vergleicht, die bei der Reichsleistungsfähigkeit des Reiches gefehlt haben mit den Einkommensteuereinkünften verglichen, man zu dem Resultate kommen wird, daß der Mangel an Diäten hierin nichts geändert haben würde.

Ab. Löwe befreit die Beweislast dieser Bemerkung, die höchstens dafür spreche, daß die wohlhabenden Leute, aus denen der jetzige Reichstag zum größten Theil besteht, schlecht gewählt seien.

Der Antrag Lasker wird darauf mit sehr großer Majorität genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des von Elben und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes.

Abg. Bamberger: In der zweiten Lesung betonte der Vertreter der bairischen Regierung, daß die Referatsarbeit dieses Bundesstaates dem Entwurfe gegenüber bestehen blieben. Nun ist es allgemein verbreitete Meinung, daß bei der nationalen Gestaltung der Bevölkerung und des Regentenhauses Bayerns und nach der natürlichen Entwicklung unserer Zustände jene Referatsarbeit ganz von selbst allmählich befristet werden würde. Zur Illustration dieser logischen Nothwendigkeit diene Folgendes. In der vorigen Session interpellirte ich die Reichsregierung über die Verbindung zwischen Süddeutschland und Italien. Ich beruhigte mich damals, als mir berichtet wurde, man werde nun in diesen Tagen der Reisen den thüringischen Abtheilung verschaffen. Seitdem ist nun in Folge der hier gepflogenen Verhandlung ein sehr ehrenwerthes Mitglied des italienischen Parlaments, welches ich persönlich nicht kenne, die italienische Regierung in demselben Sinne interpellirt und von dem Minister die Antwort erhalten, der Grund der Verzögerung liege nicht im italienischen, sondern in den deutschen, speziell im bayerischen Ministerium. Hier hätte nun gewiß die höchste Reichsregierung alle Veranlassung im Interesse des Verkehrs einzugreifen, wenn nicht die Referatsarbeit zum Theil hindern würde, und doch können und müssen wir uns so mehr eine Auffassung über die bestehenden Mängel und ihre Abheilung verlangen, als wir 20 Millionen für die Gotthard-Bahn bewilligt haben. Es kommt für uns dazu, daß das über ganz Ober-Italien bis Florenz gezogene Eisenbahnnetz in den Händen einer französischen Gesellschaft, der sogenannten Gesellschaft der oberitalienischen Bahnen ist, welcher auch die lombardischen Bahnen gehören und die deshalb die Mont-Cenis- und Semmering-Linien tendenziös vor dem Brenner bevorzugt. Im römischen Parlament sind selbst Klagen darüber geführt worden, daß die Reisen in Bologna und Verona schwierig und auf die französischen Züge warten müssen, daß derselbe Umstand für den Waarenverkehr mit Deutschland höchst störend wirkt.

Eine Abhilfe sollte durch den Bau der Bahn von Mantua nach Modena geschaffen werden; seit aber die französische Gesellschaft, an deren Spitze sich der Pariser Baron von Rothschild befindet, es dahin zu bringen wußte, daß die Clause in dem Concessionsvertrage, welche sie zum Bau einer festen Rohrbahn verpflichtete, wiederum beseitigt worden, ist die Brenner-Linie noch Jahre lang gefährdet. Der Druck, den die französische Gesellschaft so ausübt, wird auch in Italien schwer empfunden. Aber der italienische Interpellant, mit welchem ich mich in dieser Frage in Verbindung gesetzt habe, schreibt am Schlusse seines Briefes sehr charakteristisch: „Wird die italienische Regierung Kraft genug haben sich dem Einflusse seiner französischen Gesellschaft zu entziehen, wenn ihr die deutsche nicht mit Demonstrationen zu Hilfe kommt? Ich hoffe, daß bei der Freundschaft der beiden Regierungen, auch wenn die Gerüchte von einer besonders durch Verträge verbräteten Intimität immerhin grundlos sein mögen, die deutsche es an solcher Nachhilfe nicht fehlen lassen wird, die im Interesse beider Länder liegt.“

Dr. Bismarck: Es sind bereits Anregungen und Aufträge in der von dem Vorredner bestrittenen Richtung gegeben. Wenn diese auch bisher noch keinen Erfolg gehabt haben, so zweifle ich doch nicht, daß ein nachhaltiges Zustandkommen auf dieselben bei den befreundeten Beziehungen beider Länder von Erfolg sein wird. Ich würde dem Vorredner sehr dankbar sein, wenn er das Material, was etwa zu seiner Disposition steht, und was nicht aus der heutigen Rede schon zu entnehmen ist, mir mittheilen will. Ich werde es bereitwillig annehmen, um unsere Information über die dortige Sachlage, die nicht immer so genau und umfassend ist, wie wohl zu wünschen wäre, indem von Rom aus die Dinge in Oberitalien sich doch so genau nicht beobachten lassen, zu verbessern. Ich würde also dem Vorredner und jedem Andern, der mir Material nach dieser Richtung mittheilen hat, dankbar sein und es bereitwillig verwerten.

Abg. Löwe hat bei der zweiten Beratung einen Antrag eingebracht, wonach dem Reichs-Eisenbahn-Amt auch die Aufsicht über die Handhabung der Veterinärpolizei auf den Bahnen zustehen soll. Sein Amendement sei gefallen, weil der größte Theil seiner Gegner es für selbstverständlich gehalten. Er constatirte, daß dieser Auffassung weder heute noch damals vom Bundesrathe aus entgegengetreten worden, und entfaltete sich der Wiederaufnahme des Antrages in der Erwartung, daß über die betreffende Befugnis der neuen Behörde nirgends ein Zweifel herrsche.

Abg. v. Ros: Als das Präses auf der Tagesordnung stand, habe die geborene Majorität das maßgebende Wort ihrer Commission in den Papierkorb geworfen, als der Reichskanzler ihr antwortete, ein Präsesentwurf werde im Bundesrathe vorbereitet. Consequent mußte sie auch heute so verfahren, nachdem sie wisse, daß auch der Bundesrat sich mit dieser Materie befaßt. Der Entwurf monopolisire den Verkehr in den Reichsgrenzen, er begründe eine Omnipotenz des Reiches auf einem Gebiete, wo die Kompetenz desselben nicht begründet sei, und wo jede Norm bisher fehlte, nach welcher der neue Verwaltungsgerichtshof entscheiden solle.

Präsident Delbrück: Ich will nur den sachlichen Inhalt des Vorredners berichten, daß der Bundesrat sich mit der Ausarbeitung eines Entwurfs über das Reichseisenbahnamt beschäftigt. Dies ist nicht der Fall. Er hat sich allerdings mit der Frage beschäftigt, aber nur aus der Grundlage des hier eingebrachten Gesetzentwurfs.

Hiermit schließt die Generaldebatte.

Der Specialdiscussion werden nicht die Beschlüsse der zweiten Lesung, sondern eine von den Abg. Lasker und Genossen ausgearbeitete neue Fassung desselben zu Grunde gelegt.

Abg. Lasker motivirt dieses Elaborat als eine Klarstellung der Gedanken des alten Entwurfs, während **Abg. Windthorst** (Weppen) wie in den früheren Stadien der Beratung unter heftiger Opposition gegen die ganze Idee des Gesetzes auszuführen sucht, wie der tumultuarische Gang der Verhandlung, das Einbringen eines ganz neuen Gesetzes in der dritten Lesung am meisten beweise, wie wenig es sich empfehle, einen so wichtigen, die Reichsverfassung ändernden Antrag in fliegender Eile zu erledigen.

Die Abg. Braun (Gera) und Miquel treten diesem Vorwurfe mit Hinweis darauf entgegen, daß der sachliche Inhalt des Gesetzes durch die vorliegende Redaction keine Aenderung erfahren habe.

Wir verzichten darauf, zahlreiche kleinere Amendements, welche im Laufe der Discussion schriftlich eingebracht wurden, widerzugeben, zumal die Beratung durch Verlaugung unterbrochen wird.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Verschiedene kleinere Beschlüsse und der Rest der heutigen Tagesordnung.)

Berlin, 13. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin haben den bisherigen Gesandten des deutschen Reichs in Konstantinopel, Geheimen Legationsrath von Reudell zu Allerhöchstem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem Könige von Italien ernannt.

Se. Majestät der Königin hat den Divisions-Auditeuren, Justiz-Räthen Mesendorff der 7. Division, Plantier der Garde-Cavalerie-Division, Brüggemann der 20. Division, Raehren der 6. Division, v. Boenninghausen der 13. Division, Matthes der 8. Division, Hierfermangel der 1. Division, Dr. Hasenbalg der 20. Division, Raehne der 9. Division, Puhlmann der 18. Division, sowie dem Garnison-Auditeur, Justizrath Mehl in Königsberg i. Pr. den Rang der Räte vierter Klasse; sowie den Divisions-Auditeuren Rüttemüller der 2. Division, Pasche der 5. Division, Lottheissen der Großherzoglich Hessischen (25.) Division, Schulze der 1. Division, Schend der Großherzoglich Hessischen (25.) Division, und Roldt der 5. Division den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Dem Civil-Ingenieur A. Böttner zu Aachen ist unter dem 9. Juni d. J. ein Patent auf einen Siederoberschmelzer auf drei Jahre erteilt worden.

Dem Ingenieur Louis Uhlmann zu Dresden ist unter dem 10. Juni d. J. ein Patent auf eine Vorrichtung zum Wegführen der Rette auf Ketten-schleppdampfern auf drei Jahre erteilt worden.

Der Referendarus Graemer aus Hameln ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten mit Anweisung seines Wohnsitzes in Leer in der Provinz Hannover ernannt worden.

Berlin, 13. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern Ihre Majestät die verwitwete Königin. — Bei den

kaiserlichen Majestäten fand ein Familientiner und eine Familiensoiree statt, an welchen Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin, Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Carl von Hessen und bei Rhein, Se. königliche Hoheit der Prinz Eulrich von Bayern und die großherzoglich Hessischen Prinzen Theil nahmen.

Der General-Feldzeugmeister und Chef der Artillerie, Prinz Carl von Preußen königliche Hoheit, hat sich gestern Abend zum Gebrauch einer Aushängelichen Cur mit höchstseiner Gemahlin der Prinzessin Carl königliche Hoheit nach Wiesbaden begeben. Im Gefolge befinden sich der Schloßhauptmann Hofmarschall Graf von Donhoff, der Kammerherr Graf von Brühl, die Hofdamen Gräfin vom Hagen und Gräfin von der Schulenburg, und der Adjutant Hauptmann von Unruh.

(Reichsanz.)

[Der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin] haben Sr. Majestät dem Kaiser und König aus Veranlassung des Hinscheidens Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert eine Beileidsadresse überreicht, auf welche seitens Sr. Majestät folgende Antwort ergangen ist:

„In der That, in welche ich durch das unerwartete Dahinscheiden Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert von Preußen, meines geliebten Cousins, verkehrt worden bin, ist es meinem Herzen besonders wohlthuend gewesen, die Beileidsadresse des Magistrats und der Stadtverordneten vom 7. d. Mts. entgegenzunehmen zu können, und darin nicht allein mit tröstlicher Theilnahme an dem Mir und Meinem Hause wiederum auferlegten schmerzlichen Verluste, sondern auch die überzeugende Anerkennung der besonderen Tugenden ausgedrückt zu finden, in deren Uebung der Verstorbene sich so hohe Verdienste um das Vaterland erworben hat. Ich danke dem Magistrat und den Stadtverordneten auf das Herzlichste für diese neue Aeußerung des mitfühlenden und anhänglichen Sinnes, von welchem ich die Vertreter wie die Bürgerschaft Berlins beseelt weiß.“

Berlin, den 11. Juni 1873.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

[Zur feierlichen Beisetzung der Leiche der verewigten Fürstin Auguste von Liegnitz] hatten sich vorgestern Nachmittag Ihre Majestät die Kaiserin und Königin und die Mitglieder der königlichen Familie nach Charlottenburg begeben. Die Allerhöchsten und höchsten Herrschaften hatten sich in der Rotunde des Schlosses von Charlottenburg versammelt und begaben sich von da in stiller Trauer nach dem Mausoleum, in dessen Gruftgewölbe die sterblichen Ueberreste weiland König Friedrich Wilhelms III., der Königin Louise und des Prinzen Albrecht beigesetzt sind. In der Gruftkapelle, die sich unmittelbar unter den Grabdenkmälern befindet, war ein Altar errichtet, umgeben von schwarzen Draperien, von Palmen und Lorbeeren. Vor demselben stand der mit schwarzem Sammet und silbernen Streifen ausgelegte Sarg, in den die sterbliche Hülle der verewigten zweiten Gemahlin König Friedrich Wilhelms III. gebettet war. Die Fürstentrone schmückten denselben, und er war bedeckt mit Kränzen und Palmen. Links vom Altar standen Ihre Majestät die Kaiserin-Königin, Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheit die Kronprinzessin, Ihre Königl. Hoheiten die Prinzessinnen Carl, Friedrich Carl, Marie, Elisabeth, rechts Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz, Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Carl, Friedrich Carl, Albrecht, Alexander und Georg, Prinz August von Württemberg, Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, vor dem Sarge die nächsten Verwandten der Hingeschiedenen, der Graf von Harraß nebst Gemahlin und Söhnen. Sonst waren in der Gruftkapelle nur noch der persönliche Dienst der Verewigten, die Dienerschaft und das Hauspersonal aus dem Palais in Berlin und der Villa bei Sanssouci anwesend. Der eine Theil des Domchors, der die Gesänge bei der gottesdienstlichen Feier ausübte, war in dem Haupttraume, der andere im Freien außerhalb des Mausoleums aufgestellt. Die Trauerfeierlichkeit berichtete der Hof- und Domprediger Ober-Consistorial-Rath Dr. Rögel; dieselbe begann mit einer liturgischen Vorlesung und dem Responsorium des Domchors. Dann folgte die Gedächtnisrede, welcher die Worte der dritten Bitte zu Grunde gelegt waren. Der Trauerakt schloß mit der Einsegnung der Leiche und dem Gesange des Liedes „Was Gott thut, das ist wohlgethan“, unter welchem an demselben Tage vor dreißigdreihundert Jahren König Friedrich Wilhelm III. in die Gruft, die er sich bei Beiseiten bereitete, eingestiegen war.

(Reichsanz.)

Berlin, 13. Juni. [Die Klassensteuer.] Unter-

stützungsklassen.] Durch das Gesetz vom 25. Mai d. J. sind so tief eingetretene Veränderungen an den Grundätzen für die Veranlagung der Klassensteuer eingeführt worden, daß es für nöthig erachtet worden ist, die Instruction vom 8. Mai 1851 über die Veranlagung aufzuheben und durch eine neue, welche vom 29. Mai d. J. datirt ist, zu ersetzen. Diese schon bekannt gewordene Instruction hat der Finanzminister in Begleitung eines Rundschreibens an die Provinzial-Regierungen versendet, aus dessen Inhalt einiges auch von allgemeinerem Interesse sein dürfte. In der Instruction ist der Termin für die Einsegnung der Haupt-Nachweisungen an das Finanz-Ministerium auf den 15. December festgestellt worden. Die pünktliche Innehaltung dieses Termins erklärt das Rundschreiben für unbedingt erforderlich, da es in der Absicht liegt, die durch das Gesetz angeordnete Berechnung darüber, ob und wie weit der Normalbetrag der 11 Millionen Thaler durch den aus der Veranlagung der Klassensteuer sich ergebenden Jahresbetrag der Sollennahme überschritten oder nicht erreicht wird, gegen Ende dieses Jahres abzuschließen. — Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern und im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der nächsten Veranlagung nach den neuen Einkünfte-Grundätzen wird eine angemessene Verlängerung der bisher vorgeschriebenen Fristen für die Aufstellung der Klassensteuer-Rollen als nothwendig anerkannt. Es wird dann noch dringend empfohlen, bei den Einkünften keine Rücksicht darauf zu nehmen, ob in einzelnen Fällen eine Erhöhung oder Ermäßigung des bisherigen Steuerbetrages herbeigeführt werde, da nur durch ein vollkommen correctes Verfahren eine gerechte und gleichmäßige Vertheilung des Normalbetrages erreicht werden könne. — Die bereits in den künftigen Jahren angestrebte Errichtung von Unterstützungsklassen für die beim Betriebe und bei der Bahnunterhaltung beschäftigten Eisenbahnarbeiter und deren Hinterbliebenen hat bisher nur insofern zu einem Resultate geführt, als durch die Cabinen-Gesetze vom 31. August 1859 die Errichtung derartiger Klassen für im Eisenbahndienst beschäftigte Gewerksgehilfen und Fabrikarbeiter ermöglicht worden ist, während die Fürsorge für das übrige Personal auf Formirung von Kranken- und Unterstützungskassen nur für den augenblicklichen Bedarf beschränkt blieb. Die Erweiterung der Zwecke dieser letzteren Klassen in der bezeichneten Richtung und die Bildung neuer Klassen soll jetzt angestrebt werden. Die Regierung ist überzeugt, daß dadurch auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Verwaltungen und Arbeitern in wirksamer Weise gefördert werde. Um eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Sache und ein Urtheil über die zur Erreichung des in Aussicht genommenen Zweckes erforderlichen Mittel zu gewinnen, sind zunächst sämmtliche Eisenbahn-Directionen zur Aeußerung aufgefordert worden.

[Besuchnahme.] Heute sind „die Weppen“ conficirt worden. In Abgeordnetenkreisen, in denen dies ausgezeichnete Witzblatt eine stets begehrte Lectüre ist, wurde dies lebhaft bedauert.

Königsberg, 13. Juni. [Seitens der Polizeibehörde] ist gestern Abend die hiesige Maurer-Sirt-Casse mit Beschlagnahme belegt worden.

Röln, 13. Juni. [Die Kaiserin Eugenie] und deren Sohn Prinz Napoleon sind heute Nachmittag 4 Uhr von Belgien aus hier eingetroffen und haben nach einständigem Aufenthalt die Reise nach Arenenberg fortgesetzt. — Gleichfalls um 4 Uhr traf der Großfürst Thronfolger von Rußland mit seiner Gemahlin per Dampfboot hier ein und fuhr mittelst Extrazuges alsbald nach Belgien weiter.

Dresden, 13. Juni. [Verteidigung der Regierung.] Das „Dresdener Journal“ vom heutigen Tage tritt den Behauptungen der Zeitungen entgegen, daß die Regierung die Absicht hege, die Pres-

sefreiheit der Amtsblätter zu beschränken. Eine unbefangene freimüthige Meinungsäußerung werde die Regierung den Amtsblättern nicht verweigern, aber sie werde mit allen gesetzlichen Mitteln darüber wachen, daß die Amtsblätter, so lange sie die freiwillig übernommene Aufgabe, die Vertheilung der obrigkeitlichen Anordnungen zu sein, behalten, diejenigen Rücksichten nicht bei Seite setzen, welche die öffentliche Ordnung und der öffentliche Anstand erheischen. Das „Dresdener Journal“ theilt sodann Auszüge aus verschiedenen Artikeln des „Leipziger Tageblattes“ mit, um nachzuweisen, daß das „Leipziger Tageblatt“ die Befehle des Anstandes in der größtmöglichen Weise verletzt habe, und daß deshalb die ihm erteilte Verwarnung gerechtfertigt erscheine.

Wiesbaden, 13. Juni. [Der Schach von Persten] ist heute Morgen um 8 Uhr von hier abgereist. Derselbe wird von Bielefeld per Dampfboot rheinabwärts bis Bonn gehen und sich von da über Spa nach Brüssel begeben.

Meß, 11. Juni. [Die Situation der eingewanderten Deutschen in Meß.] — Die angeblich gehemmte Entwicklung des deutschen Lebens. — Der Elementar-Unterricht in Meß. — Der in Nancy erscheinende „Courrier de Moselle“ enthält in seiner gestrigen Nummer einen dem „Niederrh. Cour.“ entlehnten Artikel, von dem wir überzeugt sind, daß er binnen Kurzem von den meisten französischen Blättern wiedergegeben sein wird. Der verheerende Aufsatz schildert die Lage der deutschen Handelstreibenden in Meß und zwar, wie wir zugeben, in ziemlich objectiver Weise. Allein einmal vermissen wir die Vollständigkeit in der Ausführung, andererseits sind die Schlässe, die dort gezogen werden, nicht richtig. Jener Artikel behauptet, daß nirgends unter den Handelstreibenden soviel Klagen laut würden, wie gerade in Meß; Viele hätten hier bereits große Summen verloren, die nicht so leicht wieder zurückgewonnen werden könnten. Darunter leide die Entwicklung des deutschen Lebens, und diejenigen, welche meinten, daß Meß von Tag zu Tag mehr französisch werde, hätten nicht ganz unrecht. Als Beleg wird der Platz St. Louis angeführt, wo der Vertheilungsplan an einem Morgen allein drei deutsche Familien ihre Wohnungen verlassen und all ihr Hab und Gut unerbittlichen Gläubigern hat opfern sehen. Unter solchen Umständen lebe das französische Element wieder auf, zumal viele Auswanderer zurückkehrten. — Richtig in dieser Ausführung ist, daß viele Deutsche ihre Geschäfte aufgegeben und die Läden geschlossen haben, einfach, weil der Ertrag derselben zum Leben nicht hinreichte. Nur einem Fremden kann dies wunderbar erscheinen, während derjenige, welcher die Verhältnisse kennt, darin nichts anderes erblickt, als die nothwendige Wechselbeziehung zwischen Ursache und Wirkung. Der Verfasser jener Zeilen, die voraussichtlich manches französische Gemüth erregen werden, hat nicht erwähnt, daß unter den zahlreich eingewanderten Deutschen Viele waren, die mit spärlichen Mitteln ausgerüstet — Manche hatten vielleicht gar nichts — nach Meß kamen, daß sie als Colorado ihrer Lebenshoffnungen ansahen, nachdem ihre Existenz anderweitig gefährdet worden war. Das gewöhnliche Geschäft, welches derartige Leute hier errieten, war die Errichtung einer Cantine. Nun bleibt es aber Straßen, wo beinahe das zweite oder dritte Haus immer ein derartiges Lokal birgt. Können denn solche Institute, die an französischen Restaurationen gefährliche Concurranten haben, auf die Dauer existieren? Deswegen aber, weil dieselben zum Theil eingehen, kann man doch nicht behaupten, daß darunter die Entwicklung des deutschen Lebens viel leidet! Eben so wenig, daß dadurch das französische Element gestärkt wird. Dagegen ist richtig, daß viele Ausgewanderte zurückkehren, und dies kann der Stadt nur zum Vortheil gereichen. — An die oben erwähnte Thatfache, daß viele wenig bemittelte Familien in den letzten beiden Jahren Meß aufgesucht haben, knüpft sich vielmehr ein anderer Umstand, auf den eine hiesige Zeitung (die „M.-Bz.“) auch bereits die allgemeine Aufmerksamkeit gelenkt hat. Da nämlich die Kosten für den Unterricht der Kinder in den hier bestehenden deutschen Normalschulen — eine andere deutsche Elementarschule existirt nicht — zu groß sind, als daß arme Eltern sie erschwingen könnten, so ist eine erhebliche Anzahl solcher Eltern dahin gelangt, ihre Kinder in den hiesigen französischen Elementarschulen unterrichten zu lassen. Mit Recht macht das genannte Blatt aufmerksam, welche Nachtheile dies für die deutsche Jugend haben muß. In reichsfreundlichen Kreisen geht man deshalb darauf vorläufig die nöthige Summe zur Gründung einer deutschen Elementarschule zusammenzubringen. Später wird hoffentlich die Reichsregierung selber die Sache in die Hand nehmen.

Meß, 13. Juni. [Attentat.] Nach aus Sedan hier einge-

langten Nachrichten ist auf einen Wachtposten der deutschen Deco-

lationstruppen ein Attentat ausgeführt worden und der Thäter bis

jetzt nicht entdeckt. Die dortige Commandantur hat in Folge dessen

angeordnet, daß alle öffentlichen Lokale um 9 Uhr Abends geschlossen

sein müssen und daß von der Bevölkerung Niemand nach 10½ Uhr

Abends die Straßen ohne besondere Erlaubnis passieren darf.

De r r e i c h.

Wien, 13. Juni. [Dementi.] Das Gerücht von dem ange-

sehen Rücktritt des österreichischen Finanzministers wird von gut unter-

richteter Seite als unbegründet bezeichnet. Ebenso ist die Meinung,

der Kaiser habe dem Fürsten von Montenegro das Großkreuz des

Stephansordens verliehen, ohne thatsächlichen Anhalt.

S c h w e i z.

Bern, 10. Juni. [Die katholische Kirchengemeinde der

Stadt Zürich] hat folgende fünf Punkte mit 290 gegen 106 Stim-

men, die sich der Abstimmung enthielten, zum Beschluß erhoben:

1) Die katholische Kirchengemeinde Zürich protestirt öffentlich gegen das

neue Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit und die Verleumdung dieser Lehre

in der Kirche und beim Jugendunterricht. Sie protestirt gegen die durch

dieses Dogma in Scene gelebte Aenderung der Kirchenverfassung und der

Wahrheit sich gegen jede Wirkung dieser Lehre auf das christliche Leben der

kirchlichen Gemeinde. 2) Die katholische Kirchengemeinde Zürich, belehrt durch

die Erfahrungen, welche das Schweizer Volk in den 40er Jahren und gegen

wärtig wieder zu machen hatte, erklärt sich unabhängig von der in Rom

unter dem Namen unfehlbares Papstthum aufgetretenen geistlichen Mon-

archie. Sie verwahrt sich gegen alles und jedes Eingreifen dieses Papst-

thums in das kirchliche Leben der katholischen Gemeinde Zürich. 3) Die

katholische Kirchengemeinde Zürich verlangt daher von ihren gegenwärtigen und

zukünftigen Seelsorgern die Erklärung, daß dieselben sich allen directen oder

indirecten Verleumdungen mit dem unfehlbaren Papst in Rom oder den von diesem

schlüsse bei dem Bundesrathe, event. bei der Bundesversammlung Recurs einzulegen.

[Der gestern in Luzern versammelt gewesene Verwaltungsrath der Gotthardbahn] genehmigte den Geschäftsbericht und die Baurechnung über den Zeitraum vom 6. December 1871 bis 31. December 1872, und ermächtigte die Direction, die Verträge über die Herstellung des Unterbaues des linken Biasca-Bellinzona, Bellinzona-Locarno und Lugano-Chiasso und event. auch über die Schienenlieferung für diese Linien definitiv abzuschließen und von dem Prioritätsrechte auf dem Canton Tessin befindlichen Theil der (schmalspurigen) projectirten Bahnlinie Menaggio-Luzern abzuschließen. — In Basel ist der früher in neapolitanischem Dienste gestandene General v. Meckel gestorben.

Frankreich.

* Paris, 11. Juni. [Das Rundschreiben der Firma Deulé-Pascal.] Berichte von verschiedenen Seiten, die uns heute vorliegen und die wir nicht geben, weil sie zu unserer Beurtheilung der Situation nichts wesentlich Neues bringen, stimmen, so schreibt man der „R. Z.“, alle darin überein, daß der gestrige Tag „ein sehr schlechter“, die Rede Gambetta's „ein wichtiger Keulenschlag“ für die Regierung war und die Rechte noch am späten Abend Deulé mit Pascal über Bord werfen wollte; aber man besann sich eines Besseren und behielt den Professor, um keinen Bonapartisten nehmen zu müssen, da diese Leute sehr dringend austraten, und man tröstete sich schließlich damit, daß ja doch die Majorität durch diese Abstimmung sich befestigt habe. „Befestigt, wie Leute, die so weit sich mit einander einlassen, daß sie sich sagen: Mitgegangen, mitgefangen!“ kann man allerdings dazu bemerken; indeß es ist richtig, daß die Solidarietät in der Herrschaft schon mehr als einmal in Frankreich Parteten, die zufällig obenauf kamen, Jahre lang flott erhalten hat. Die Legitimisten müssen sich einmal ausleben und die Jesuitencohorte muß einmal wieder zucken, was sie kann. Wenn die feineren und aufgeschärfteren Köpfe darüber klagen, so kann man ihnen nur zurufen: „Tu l'as voulu, George Dandin!“ Gambetta veröffentlicht jetzt noch einmal extra in der „Republique Française“ das Rundschreiben der Firma Deulé-Pascal mit dem Bemerkung: „Es giebt kein Afterschlaf, das öfter gelesen zu werden verdient, und wir rechnen auf den Eifer der Departementalblätter, damit es jedem Wähler zu Gesicht komme.“ Die schamloseste Stelle ist die, wo der Präfect aufgefordert wird, die finanzielle Lage der conferativen Blätter oder derer, die geneigt scheinen, es zu werden, zu erforschen „und den Preis, den sie für die wohlwollende Unterstützung der Regierung verlangen könnten“. Gelaufte Blätter hat es in Frankreich unter allen Systemen gegeben, aber daß man den Zubehörschacher so laut und so dumm an die große Glocke schlägt, das ist neu. Und dies geschieht von Ministern, die aus dem gottesfürchtigen Scheine und aus ihrer Kirchlichkeit ein Geschäft machen und die ins Amt treten, um die Gesellschaft zu retten und die Moralität des Volkes zu heben! Selbst Paul de Cassagnac, der denn doch kein Heiliger ist, äußert im „Pays“, er wisse nicht, ob er über solche primitiven kindliche Sprache sich ärgern oder lachen solle. Die Rechte hat bei der Abstimmung den Grundfals befolgt: Wir entsagen uns über die Ungeschicklichkeit der Minister, aber wir dürfen nichts thun, was das Ministerium stützen könnte, denn sein Sturz wäre auch der unserer Partei; also mit Ja gestimmt, wenns Herz auch kein darcinschreien möchte. Bei solchen Zuständen wird das Gewissen abgestumpft, die Heuchelei auf dem Thron gesetzt und die Stillschließung mit Fäßen getreten; aber es ist nicht das erste Mal, daß dies in Frankreich geschah. Was in der ersten Revolution der rothe, das ist jetzt der schwarze Convent, und das Ende wird vielleicht weniger blutig, aber nicht minder schmerzhaft und demüthigend für ein Land sein, das ein besseres Loos werth wäre. Aber, fragt man wohl, was sagt Mac Mahon, der ehrliche Mann, zu solchen Geschichten? Die „Republique Française“ thut ihm die Ehre an, zu äußern: „Der Chef der Regierung hat keine Ahnung von einer solchen Politik gehabt; hätte er darum gewußt, sie würde alle Fäden eines Ehrenmannes in ihm empören und er würde nicht erlaubt haben, daß man die französische Ehre so bloß stelle.“ Aber jetzt kennt er sie, und wenn er das Lob des radicalen Blattes verdienen will, so schreibt ihm der 10. Juni ohne Möglichkeit eines Mißverständnisses vor, was er seinem Ministerium gegenüber zu thun hat.

[Eine Preßverordnung.] Der Präfect von Lyon hat folgende Verordnung erlassen:

Der Präfect des Rhone-Departements, auf Grund des Gesetzes vom 27. Juli 1849, verordnet: Artikel 1. Der Colportage-Verkauf von Zeitungen und periodischen Druckschriften ist im Rhone-Departement untersagt. Artikel 2. Der Verkauf von Zeitungen und periodischen Druckschriften darf nur in den Buchhandlungen und von speciell dazu autorisirten Kaufleuten erfolgen. Die durch Artikel 6 des citirten Gesetzes autorisirten Ausdräger haben sich daher darauf zu beschränken, die erwähnten Druckschriften in das Haus der Abonnenten zu tragen und dürfen kein Exemplar, selbst nicht ausnahmsweise, verkaufen. Artikel 3. Der Herr Souspräfet von Villefranche, die Herren Maîtres der Departements, der Central-Polizei-Commission von Lyon und der Commandant der Gendarmerie des Rhone-Departements sind jeder, was ihn betrifft, mit der Durchführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt, welche außerdem öffentlich angeschlagen und in das Bulletin der Verwaltungs- und Polizeimaßregeln aufgenommen werden wird.

Lyon, 7. Juni 1873. Der Präfect des Rhone-Departements, Ducros. [Die Ernennung Chanzy's zum Civil- und Militär-Gouverneur von Algerien.] Das amtliche Blatt bringt zwei Decrete, von denen das eine die Bestimmungen des Decrets der Regierung der nationalen Verteidigung abschafft, welches Algerien unter einen Civil-Gouverneur stellte, und das andere Chanzy zum Civil- und Militär-Gouverneur von Algerien ernannt. Der diesen Decreten vorstehende und von den Ministern des Innern, des Krieges und der Marine unterzeichnete Bericht lautet:

Herr Präsident! Dem Wortlaut der Artikel 1 und 3 des Decrets vom 10. December 1860 gemäß war die Regierung und die hohe Verwaltung Algeriens in Alger unter der Autorität eines General-Gouverneurs concentrirt, welcher die Land- und Seestreitkräfte befehligte. Als die Delegation von Tours Algerien eine neue Verwaltungsorganisation gab, schenkte sie im Gegentheil diese beiden Amtsbefugnisse theilhaftig zu wollen. Die Art 5 u. 6 des Decrets vom 24. Oct. stellten in der That fest, daß es in Algerien einen Civil-General-Gouverneur, der die Regierung und die hohe Verwaltung centralisirt, und einen General geben werde, welcher die Militär- und Seestreitkräfte befehligte und zugleich mit der Verwaltung der europäischen und eingeborenen Bevölkerung betraut sein werde, die in diesem Augenblick noch der Militärbehörde unterworfen seien. Die Unbequemlichkeiten dieses Dualismus hatten sich schon fühlbar gemacht, als die Verordnung des Chefs der Exekutivgewalt vom 29. März 1871 den Vice-Admiral de Gueydon zu den Functionen des Civil-General-Gouverneurs berief, und diese Verordnung ihm die Commandanten der Land- und Seestreitkräfte unterordnete, welche in dem Sinne verstanden und ausgeführt wurde, daß das Oberhaupt der Colonial-Verwaltung, ohne Anspruch auf die Direction der militärischen Action zu erheben, doch das Recht habe, den die Militärbefugnisse commandirenden Generalen den Zweck zu bezeichnen, den diese Action zu verfolgen habe. Die Erfahrung hat dieses System nicht verurtheilt, das von Neuem in Kraft gesetzt werden kann, wenn ein Civilbeamter wieder zu der General-Gouverneur-Stelle berufen wird; wenn aber, wie Sie das unbestreitbare Recht haben, Ihre Wahl auf einen General fällt, so ist es klar, daß man demselben keine unannehmliche Lage bereiten, man keine Intervention in die militärischen Angelegenheiten nicht beschränken kann, und die Vereinigung der beiden Amtsbefugnisse nothwendig wird. Diese Vereinigung ist weit davon entfernt, mit dem Civil-Regime unvereinbar zu sein, und muß nach unserer Idee als Resultat haben, die Fortschritte zu beschleunigen, indem sie Algerien die Sicherheit verschafft, welche die Colonisation nöthig hat,

um sich auszubreiten und zu entwickeln, und indem sie diesem Werke der Colonisation die combinirten Anstrengungen der Civilbehörde und der Armee, welche so ausgezeichnete Dienste geleistet hat, zuweist. Wir zögern daher nicht, Herr Präsident, Ihnen vorzuschlagen, sie dadurch auszusprechen, daß Sie die oben genannten Artikel des Decrets vom 24. October 1870 abschaffen. Vom gesetzlichen Standpunkte aus gehört diese Abschaffung augenscheinlich zu Ihren Befugnissen, weil seit der Ordinance vom 22. Juli 1834 und ungeachtet der, sei es in dem Artikel 109 der Verfassung vom 4. November 1848, sei es in dem Artikel 27 der Verfassung von 1852 gemachten Verpflichtungen, die Verwaltungsorganisation von Algerien nicht aufgehoben hat, von der Exekutivgewalt geregelt zu werden. Der heute zu nehmende Beschluß ist der nämlichen Art, wie der, aus welchem die Institution des General-Gouverneurs vom 4. September 1870 herborging, und wie die Verordnungen, durch welche der Chef der Exekutivgewalt seit dem 29. März und 6. Mai 1871 wiederhergestellt. Wir sehen daher in keiner Beziehung eine Schwierigkeit, um im Princip zu erklären, daß der Civil-General-Gouverneur von Algerien, wenn er die gewollten Bedingungen erfüllt, um das Militär-Commando auszuüben, durch specielle Delegation des Kriegs- und des Marine-Ministers das Ober-Commando über die Land- und Seestreitkräfte erhält. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so bitten wir Sie, beifolgenden Decrets-Entwurf zu unterzeichnen. Wir sind u. c.

Folgt nun das Decret, dessen drei Artikel folgendermaßen lauten: Artikel 1. Der Civil-General-Gouverneur von Algerien kann, wenn er die vom Gesetz gewollten Bedingungen erfüllt, um ein Militär-Commando auszuüben, durch specielle Delegation von den Ministern des Krieges und der Marine das Ober-Commando über die Land- und Seestreitkräfte erhalten. Artikel 2. Das Decret vom 24. October 1870 ist in dem abgeschafft, worin es dem gegenwärtigen Decret widerspricht. Artikel 3. Die Minister des Innern u. c. sind mit der Ausführung betraut.

Das Decret, welches Chanzy zum General-Gouverneur ernannt, schließt sich auf vorstehendes Decret. Seine beiden Artikel lauten:

Artikel 1. Der Divisions-General Chanzy (Anton Eugen Alfred), Commandant des 7. Armee-Corps, Mitglied der Nationalversammlung, ist unter dem Titel einer zeitweiligen Mission mit den Functionen eines Civil-General-Gouverneurs von Algerien zur Ersetzung des zu anderen Functionen berufenen Admirals Grafen de Gueydon betraut. Er wird die Land- und Seestreitkräfte befehligten. Artikel 2. Die Minister des Innern, des Krieges und der Marine sind mit der Ausführung des gegenwärtigen Decrets betraut.

Durch diese Decrete wird Algerien also wieder vollständig unter die Militärherrschaft gestellt. Chanzy erhielt die Gouverneursstelle unter dem Titel einer zeitweiligen Mission, weil, wenn er zum endgültigen Gouverneur ernannt worden wäre, er seine Entlassung als Deputirter hätte einreichen müssen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 11. Juni. [Das Haus der Lords] beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Agricultural-Ebilen-Bill, eine Gesetzesvorlage, welche dem Kinde im Alter unter 8 Jahren von der Arbeit fernzuhalten, sowie Kinder im Alter zwischen 8 und 13 Jahren nur daran Theil nehmen zu lassen, wenn sie nachweislich eine gewisse Zeit während des Jahres die Schule besucht haben. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

[Das Unterhaus] hielt gestern zwei Sitzungen. In der Nachmittags-Sitzung theilte Lord Enfield, der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, in Erwiderung auf eine im Namen Rylands gestellte Anfrage Bowring mit, daß Generalmajor Sir Henry Rawlinson, ehemaliger britischer Gesandter in Persien; Oberst Sir Arnold Remball, ehemaliger Generalconsul in Bagdad, Major Birnet, orientischer Adjutant des Staatssecretärs für Indien, und Capitän Gray, von der Regierung ernannt worden seien, sich zur Begründung des Schahs von Persien nach Brüssel zu begeben, denselben nach England zu begleiten und während seines Aufenthalts daselbst in seiner Umgebung zu bleiben. In England werden dem Schah im Namen der Königin ein Kammerherr, ein Adjutant und ein Kammerjunker zur Dienstleistung beigegeben werden. Dr. Ronald Thomson, der frühere englische Geschäftsträger in Teheran, und der Legationsarzt, Dr. Didinson, begleiten den Schah auf dessen Wunsch.

Der Hauptgegenstand der Erörterung bildeten die ministeriellen Localbesteuerungsgesetzesentwürfe, wobei es sich hauptsächlich um die Frage handelte, ob einer derselben, die „Rating Bill“, einem parlamentarischen Sonderauschusse zur Begutachtung überwiesen werden sollte. Der darauf bezügliche, von Scourfield gestellte und von Oberst Partello unterstützte Antrag fiel indeß, im Namen der Regierung von Gladstone und Stansfeld bekämpft, mit 176 gegen 151 Stimmen zu Boden. Nachdem man sich über § 1 der Vorlage geeinigt, wurde die weitere Debatte vertagt.

In der nur spärlich besuchten Abend Sitzung stellte Sir John Hay einen Antrag auf Niederlegung eines Sonderauschusses zur Erörterung des gegenwärtigen Abvocaments- und Pensionierungssystems in der königl. Marine. Zur Motivirung desselben argumentirte er, daß Herr Childers Pensionierungssystem befehle habe, Sparamkeit, Wirtschaft und Verdrängung herbeizuführen und die Steuerlasten des Landes erhöht habe. Nachdem der Marineminister Goschen gegen den Antrag gesprochen, weil die Regierung sich selber mit einem neuen Plane für die weitere Verbesserung des Abvocaments und der Pensionirung in der Marine befasse, wurde der Antrag mit 81 gegen 64 Stimmen verworfen.

In nächster Sitzung des Unterhauses wird P. A. Taylor den Unterstaatssecretär des Auswärtigen interpelliren, ob die Regierung bereit sei, die Spanische Republik anzuerkennen, nachdem dieselbe nunmehr durch die neuen constituirten Cortes formell ratificirt worden sei.

[Die hohen Löhne.] Welche jetzt den englischen Kohlegrubenarbeitern gezahlt werden, veranschlagt „Punch“, das Londoner Witzblatt, durch eine Illustration mit folgendem treffenden Dialog: „Kohlengrubenarbeiter zum Wärrer: „Ich kann Sie versichern, mein Herr, daß diese Kohlengrubenarbeiter hier, nachdem sie wieder in voller Arbeit begriffen sind, täglich 10 bis 12 Shilling verdienen können!“ Wärrer: „Meiner Treu! Das ist wirklich mehr als ich bekomme!“ Aufseher: Was? „mehr als Sie bekommen! Es ist mehr, als ich bekomme!“

Provincial-Beitung.

Breslau, 14. Juni. [Angelommene Fremde.] Graf Conrad von Dyrn, Mitglied des Herrenhauses aus Schloß-Rejewitz; General von Rutel aus Riga.

Stirchberg, 13. Juni. [Selbstvergiftung. — Wahlmänner zur Wahl der Kreisabgeordneten.] Gestern vergiftete sich eine dieser Bürgerstöchter, nachdem sie unermüdet von ihrem Bräutigam resp. dem Eltern desselben eine die Verlobung lösende Abjuration erhalten hatte, mittelst Cyankali. — Die Zahl der in den Landgemeinden des hiesigen Kreises bei der Wahl der Kreisabgeordneten in 9 Wahlbezirken gewählten Wahlmänner beträgt 130.

— r. Ramlau, 12. Juni. [Remontemerk. — Ernte-Aussichten. — Unglücksfälle. — Zur Kreiswahl.] Am 9. d. Mts. wurde hierorts der für das laufende Jahr angelegte Remontemarkt durch die Remontemerk-Commission unter Leitung des Hrn. Oberst D. Wassenbach abgehalten. Zu demselben waren und zwar wegen des an demselben Tage stattfindenden Pferdemarktes in Bries nur einige 30 Stüd Pferde und zwar zum Theil aus Ramlau herbeigeführt. Aus dieser geringen Anzahl Pferde vermochte die Commission nur die Hälfte ihres Bedarfs zu decken und es wurden nur 8 Stüd Pferde angekauft. Als höchster Preis wurden hierbei 210 Thlr. und zwar an einen Ramlauer gezahlt, was jedenfalls für die Hebung der Wierde nicht zu billigen Zeugnis ablegt. — Trotz der unangünstigen Witterung im vorigen Monate gewöhren alle unsere Saaten bis auf ganz unbedeutende Ausnahmen einen herrlichen Anblick und die besten Ernte-Aussichten; nur die Ökernate wird dieses Jahr eine sehr kümmerliche werden. — Am vergangenem Sonnabend in den Abendstunden wurde der hiesige Tagelöhner Carl Springer, ein vielfach bestrafftes Subjekt, welches sich namentlich vom Fischebude näherte, unweit der städtischen Niedermühle bald angeliebt in dem Weidflusse todt aufgefunden. Derselbe scheint den Krebsen nachgegangen und hierbei dem Schlag gerührt worden zu sein, denn an seinem Körper fanden sich keinerlei Spuren vor, welche auf eine andere Todesart oder die Schuld eines Dritten hätten schließen lassen. — Vor einigen Tagen fiel ein noch nicht 2 Jahr altes Kind, des Bauerntochters Kaschig in Wilkau, während sich dieser auf einen Augenblick in seine Wohnung begeben hatte, in die tiefe Düngröhre seines Gebirgs und ertrank. — Der Termin zur Wahlmänner-Wahl in den Landgemeinden des Ramlauer Kreises für die Wahl der Kreisabgeordneten ist auf den 25. Juni d. J. anberaumt worden.

o Zarnowitz. [Concert. — Haupt-Lehrer-Conferenz. — Schul-Schwester.] Verflorenen Sonntag fand hier selbst unter Leitung des Lehrers und Organisten Herrn Probst ein Vocal-Concert zum Besten des Stipendienfonds für arme Realhäuser statt. Dasselbe hatte sich eines recht allgemeinen Beifalls zu erfreuen. — Dienstag den 10. v. fand hier ferner statt die diesjährige Hauptconferenz der Lehrer im Beuthener Schulen-Inspection's-Bezirke II., unter dem Vorh. des Kreis-Schulen-Inspectors Herrn Kunil. Hauptgegenstand der Besprechung bildeten die Art und Weise der Anfertigung der neuen Lehr- und Stoffvertheilungs-Pläne. Herr Schul-Inspector gab in einem längeren Vortrag die Anleitung dazu und stellte die Punkte fest, nach welchen besonders die Lehrpläne anzufertigen seien. Darnach ist bei jedem Unterrichtsgegenstande anzugeben: 1) die Aufgabe oder das Ziel, 2) der Stoff, 3) die Lehrmittel und 4) die Methode. Hieran schloß sich eine Beurtheilung der Spohn'schen Schrift: „Der deutsche Sprachunterricht in ultraquadratischen Schulen“, in welcher Herr Lehrer Basson aus Ruppigsdorf nachwies, daß dieses Büchlein wirklich recht praktische Fingerzeige enthalte, das Erlernen der deutschen Sprache polnischen Kindern zu erleichtern. Redner konnte daher nicht umhin, genannte Schrift den Herren Kollegen an ultraquadratischen Schulen aufs Angelegentlichste zu empfehlen. Herr Vorh. ergriff hiernach wiederum das Wort und machte einige Bemerkungen, wozu ihm der Ausfall der diesjährigen Prüfungen Veranlassung gegeben. Nachdem derselbe schließlich die versammelten Lehrer ermahnt hatte, sich nicht an Wahlagitationen im reichseindlichen Sinne zu betheiligen, endete die Konferenz nach Ablesen des Schnabel'schen Psalmes: „Herr, unser Gott“, sowie dieselbe auch mit Gesang eingeleitet worden war.

Ein gemüthliches Mahl vereinigte hiernach die Mitglieder der Konferenz im hiesigen Schießhause, wo nebst einigen Gästen, von denen der erste vom Herrn Schulen-Inspector ausgebracht und Se. Majestät dem glückselig regierenden Kaiser und König Wilhelm I. galt, auch einige Festbesuche die Gemüthlichkeit erhöhten. — Drei Personen waren vom Herrn Vorh. selbst besucht und ist besonders das 3. „dem Humor eine Gasse“ nach der bekannten Melodie „Studio auf seiner Reif“, geeignet gewesen, viel zum Frohsinn der Versammlung beizutragen. — Zufolge Anordnung der königlichen Regierung zu Oppeln ist von Seiten des hiesigen Magistrats den hierorts angestellt gewesenen fünf Schulschwester (Voromaerinnen) von Weibschachen c. ab gekündigt worden und sollen diese Stellen von Lehrern besetzt werden.

o Bries, 12. Juni. [Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.] Auf der Tagesordnung der heute stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten standen eine große Menge von Vorlagen, zum Theil Mittheilungen oder Sachen von geringerer Bedeutung. Als geeignet zur weiteren Kenntnissnahme und zur Beurtheilung des Standes unserer städtischen Angelegenheiten erschienen nur einige. Bei der Aufstellung des diesjährigen Etats wurde im Extraordinarium eine Summe von 1600 Thlr. ausgesetzt zur Neupflasterung einer von zwei in Aussicht genommenen Hauptstraßen und entschieden sich in heutiger Versammlung die städtischen Behörden für die vom Ring nach der alten Ober gegen die „Stadtmühle“ (gegenwärtig im Besitz der Gebrüder Storck) hinziehende und in den sogenannten Mählplan mündende Mählstraße. Ein anderer Beschluß lautete dahin, daß die bei der Stadtanleihe bereits mit 9000 Thlr. borgemerkten 18,000 l. Fuß Granit-Kunststeine für sämmtliche mit solchen noch nicht versehenen Straßen zur baldigen Lieferung ausgeschrieben seien, die Legung jedoch erst innerhalb der nächsten drei Jahre statufinden brauche. — Zu dem vor noch nicht allzu langer Zeit vollständig umgeänderten, im hochparterre befindlichen Sitzungssaal der Stadtverordneten fuhren zwei Eingänge, der eine bequeme für die Mitglieder von der inneren Seite des Rathhauses durch das Commissionszimmer, der andere im nördlichen Giebelthurm befindliche für Zuhörer durch eine niedrige enge Thür und mehrere finstere Stufen hinab. Wegen Abhilfe dieses Uebelstandes war Raurath Kade, der Leiter der bevorstehenden Reorganisation des Rathhauses, um sein Gutachten befragt worden und lag dasselbe heute vor; es widerrieth irgendwelche Constructions-Veränderung im Thurme. — Herr Kasparowski, Bureau-Vorsteher beim Justizrath Schneider hier selbst, verfolgt den Plan, durch alleinige Anregung die Mittel zu beschaffen, um ein Denkmal an die glorieichen Siege im letzten Kriege über Frankreich auf einem hiesigen Plage zur Errichtung zu bringen und hat sich deshalb an den Magistrat gewendet, welcher ihm einen von drei zur Auswahl bezeichneten Plätzen anweisen soll; Magistrat aber will jede weitere Ermägung darüber erst vornehmen, wenn die für die beabsichtigte Denkmals-Errichtung notwendigen Mittel zusammengebracht und nachgewiesen sind. Ueber die vom Magistrat hierzu beantragte Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung gelangte dieselbe nicht zum Beschluß, da kurz vor der Sitzung der Magistrat ein Schreiben des Unternehmers zur Kenntniss brachte, in welchem derselbe sein Gehör vorläufig zurückzog. — Für außerordentliche Unterstützungen an die durch das Brandunglück vom 30. Mai so schwer getroffenen armen Familien und für die Beerdigung des dabei verbrannten Kindes aus städtischen Mitteln wurde nachträglich bereitwilligst Genehmigung erteilt. — Einem Lehrer an der Gewerbeschule, dessen Thätigkeit an dem Gedeihen dieser neben der großen Gewerbeschule besonders bestehenden städtischen Anstalt sehr wesentliches Antheil hat, wurde aus den Einnahme-Überschüssen genannter Schule ein außerordentliches Honorar bewilligt. — Dem Wassermeister sollte Urlaub und Unterstützung zur Reise in die Wiener Weltausstellung bewilligt werden, Magistrat zog aber den Antrag zurück, da der Betreffende inzwischen seinen Posten gekündigt hat. — Da aus der neuen Stadtanleihe auch die noch übrigen alten Stadtschulobligationen getilgt werden sollen, so wurde deren Besitzern gekündigt mit dem Anerbieten, bei Entnahme neuer Anleihe die selben schon vom 1. Juli ab mit dem 1/2 Prozent gegenüber den alten 4procentigen Obligationen erhöhten Satz zu verzinsen, falls die betreffende Erklärung vor dem 1. Juli erfolgt. — Dem Ziegelmeister, welcher gegen vertragmäßige Entschädigung das Material in der städtischen Ziegelfabrik producirt, wurden 100 Thlr. Gehalt bewilligt für die Fortführung bereits zum Brennen fertig geführter Ziegel, verursacht durch die letzten beiden scharfen Nachfröste.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 13. 14.	Therm. 2 u.	Therm. 10 u.	Morg. 8 u.
Zufuhrzeit bei 0°	327° 75	328° 33	328° 85
Zufuhrzeit	+ 19.2	+ 13° 0	+ 11.2
Dunkelheit	3° 86	4° 53	4° 87
Dunkelheit	39 pCt.	75 pCt.	93 pCt.
Wind	SW. 1	W. 0	NW. 1
Wetter	wolfig.	wolfig.	heiter.
Wärme der Ober		7 Uhr Morgens	+ 16.2.

Breslau, 14. Juni. [Wasserstand.] D. B. 16 F. 7.3. U. B. 2 F. 8.3.

Berlin, 13. Juni. Die Börse lebt sich ordentlich mit einer gewissen Befriedigung in die wachsende Abschwächung des Verkehrs und der Course hinein, und spielt sich nur so mitten hindurch eine etwas heitere Melodie ab. Kommen dann, wie auch heute die Wirths und die gedrückten Notierungen aus Wien, so ist es mit der verführerischen Besserung vorbei. Bei Schluß der Börse meldete das hiesige Telegraphen-Bureau vom heutigen 1 Uhr 15 Minuten den Cours für Credit 253 und gleichzeitig die bedeutenden Fallissements in der Manufacturenbranche von Philipp Saas Söhne in Pest, der Gebr. Thonet und der Maschinen- u. Stgl. Dessler. Creb., in denen wenigstens einiges Geschäft, setzten etwa 3/4 Thlr. billiger zu 150 ein, gingen bis 152 hinauf, um in der letzten Viertelstunde sich unter dem Anfangscours abzugeben zu sehen. Das Fallen des Courfes unter 150 wird wie ein Ueberdrehen des Rubicon betrachtet und macht Stimmen vernehmbar, die damit wieder einem härteren Herabgehen die Wege geebnet sehen, wobei das Gebahren auf diesem Gebiete den Einbruch macht, als ob mit Ueberstürzung wenigstens den Cours herabzusetzen sich empfehle. Bombarden und Franzosen erlitten nur unbedeutende Courseinbußen bei schwachem Geschäft; die österr. Nebenbahnen bieten sich ebenfalls leicht fest, Franz-Josephsbahn hob sich sogar etwas, Elisabethbahn war eher matter, Nordwestbahn und Galizier in ziemlich guter Haltung. Auch in österr. Papier- und Silberreale fand sich etwas mehr Geschäft als längst bei feiner Tendenz. In Amerikanern machten sich zu etwas billigerer Notiz nennenswerthe Umläge, Tärten und Italiener stellten sich höher, auch Italienische Tabaksactien zogen etwas an; Franz. Reale blieb wie legt Geld. Russ Staatspapiere blieben meist ohne Aenderung, für russ. Bahnen fand sich Interesse, das den Cours hob. Preussische Fonds hatten eine glänzende Tendenz; für das 4 1/2 Proc. Anleihen zogen selbst im Course etwas beträchtliche auf, dagegen blieben Pfand- und Rentenbriefe matt; deutsche Anleihen verhielten sich nach wie vor still. Die Rhein-westfäl. Eisenbahnen befestigten sich im Laufe des Verkehrs, während andere Bahnpapiere, so Oesterreichische u. meißnische matt und schleppend, auch nur in kleinen Beträgen umgingen. Auf Prämie fehlte Geschäft, die Ecote sind niedrig. Oesterreichische Prioritäten setzten sich still und gedrückt, die russischen waren tendenzlos, da gegen die preussischen 4 1/2 Proc. (um Theil auch die 4 Proc.) recht fest; wir nennen als solche Bergische, Köln-M. adener, Rheinische, Oesterreichische Banken werden dauernd offerirt und Preisabschläge um einige Procent sind eben so wenig selten, wie bei andern der Coursestand wegen mangeln

Neue Börse. [8081]
Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein.